

Gespräch mit Jürgen Habermas

## »Das eigentliche Ziel ist die Transnationalisierung der Demokratie«

*Mit Leidenschaft meldet sich der weltweit anerkannte und streitbare Philosoph Jürgen Habermas immer wieder mit prägenden Interventionen zu Wort, wenn es um die Zukunft Europas geht. Gerade die Demokratisierung dieses Staatenverbundes liegt ihm am Herzen. Im Gespräch mit Thomas Meyer erläutert er seine Agenda für den Weg Europas aus der aktuellen Krise.*

**NG/FH:** Im Mai 2003 haben Sie in einem gemeinsamen Aufruf mit dem inzwischen verstorbenen französischen Philosophen Jacques Derrida eine Erneuerung Europas gefordert und in den damals in einer Reihe von europäischen Hauptstädten stattfindenden großen Massendemonstrationen gegen den Irakkrieg der USA das »Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit« vermutet. Hat sich diese Hoffnung inzwischen im möglichen Maße erfüllt?

**Jürgen Habermas:** Die Irak-Invasion der »Koalition der Willigen«, die übrigens Angela Merkel seinerzeit mit einem spektakulären Freundschaftsbesuch bei George W. Bush unterstützt hat, war tatsächlich der Beginn einer gewissen politisch-mental Entfremdung Europas von den seinerzeit neokonservativ gesteuerten Vereinigten Staaten. Aber auch die Wahl Obamas hat diesen Trend nicht wieder umgekehrt – glücklicherweise ohne einen anti-amerikanischen *backlash* auszulösen. Insofern waren die großen Antikriegsdemonstrationen vom 15. Februar 2003 schon ein Signal für eine Ablösung Europas – vor allem Kontinentaleuropas – von der rettenden US-amerikanischen Schirmherrschaft über Westeuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aber ein Aufbruchssignal für ein europäisches Bürgerbewusstsein

waren sie nicht. Erst seit 2008 bildet sich allmählich das höchst dialektische Bewusstsein heraus, dass die Bürger Europas, und erst recht die Bewohner der Eurozone an ein gemeinsames Schicksal gekettet sind – auch wenn wir dieses Schicksal gerade nicht »teilen«, es vielmehr national, in den sogenannten Geber- und Nehmerstaaten auf eine geradezu pervers entgegengesetzte Weise erfahren.

**NG/FH:** Die infolge der amerikanischen Bankenkrise 2008 eingetretene und seither im Kern unbewältigte Krise der EU mit ihren vielfältigen, vor allem auch politischen und kulturellen Dimensionen, schwelt weiter. Manches spricht dafür, dass die anhaltende europäische Misere die Bedingungen des eigentlich notwendigen Vorranschreitens der europäischen Einigung mehr und mehr untergräbt. Sie haben, sozusagen als »Befreiungsschlag«, um aus dieser misslichen Lage herauszukommen, gefordert, dass die Krise für die EU-Politiker aller Länder eigentlich ein Anlass dafür sein müsste, aus dem »demoskopisch-administrativen Zugriff« auf die Probleme aus Angst vor den Bürgern umzuschalten auf den »mentalitätsgestaltenden Politikmodus«, also durch ihr Handeln das ermatete europäische Bewusstsein der Unionsbürger neu zu beleben. Welche Gründe gibt es dafür, dass das nicht geschieht?

**Habermas:** Warum sich die Parteien in der Bundesrepublik nicht öffentlich an das Europa-Thema herantrauen, liegt doch wohl auf der Hand: Die Wähler haben mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom letzten September den Erfolg der populistischen Ausklammerung aller Probleme – »Lasst Mutti nur machen, sie hält Euer Geld zusammen« – überwältigend bestätigt. Das

muss alle anderen Parteien entmutigen, das ruhig gestellte Publikum mit unangenehmen Alternativen zu belästigen. Müsstent sie jetzt, in einem Klima der unberührten Vorurteile über »Brüssel«, nicht erst recht fürchten, als Verräter nationaler Interessen niedergemacht zu werden, wenn sie sich mit Appellen für mehr Gemeinsamkeit in Europa aus der Deckung wagten? Wohl gemerkt, mein Vorwurf richtet sich nicht gegen die Wahrnehmung nationaler Interessen, sondern gegen eine machtopportunistische Kurzsichtigkeit, die mittel- und langfristige Interessen gegen kurzfristige Vorteile nicht abwägt.

**NG/FH:** Sie haben des Öfteren dargelegt, dass es für einen längerfristig haltbaren Ausweg aus der europäischen Krise vor allem darauf ankomme, »die Perspektive zu klären«. Welche Perspektive genau schwebt Ihnen dabei vor?

**Habermas:** Ohne Perspektive kann man den Fehler der bisherigen Politik nicht erkennen. Dazu muss ich ein bisschen ausholen. Vor kurzem ist bei Ullstein das Krisentagebuch (*Europas Strippenzieher. Wer in Brüssel wirklich regiert*) von Cerstin Gammel, der Brüssler Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung, und von Raimund Löw, einem Auslandskorrespondenten des Österreichischen Rundfunks, erschienen. Das Buch liest sich wie ein Wirtschaftskrimi und entblößt schonungslos den nationalen Egoismus der deutschen Regierung. Vom Oktober 2008 an hat die Bundesregierung Vorschläge der Partner zu einem gemeinsamen europäischen Vorgehen aus Furcht vor der finanziellen Belastung der eigenen Bürger abgelehnt. An jeder Wegkreuzung der Krise hat sie zwar eilfertig die Anleger bedient, aber auf einem kreditfinanzierten Abschieben der Probleme auf die Schultern der Krisenländer beharrt. Dabei beschwört sie eine nationale Souveränität, die nicht nur diese Länder längst verloren haben. Unsere Regierung ver-

leugnet die politische Verantwortung für das Elend ganzer Generationen, Schichten und Regionen, die das von ihr auf Sparpolitiken beschränkte Krisenmanagement in der Mitte unseres wohlhabenden Kontinents angerichtet hat. Sie scheut noch vor den leisesten Anfängen einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zurück. Stattdessen lässt sich Angela Merkel lieber perspektivlos von der Europäischen Zentralbank aus der Patsche helfen. Dafür muss Herr Draghi eine europäische Fiskalsouveränität, die seine Bank nicht hat, erfolgreich simulieren. Das belastet zwar den deutschen Steuerzahler auch, aber der Wähler nimmt es nicht wahr und rechnet es der Bundeskanzlerin nicht an.

Inzwischen ist die Wirtschaft der Krisenländer so weit zusammengeschrumpft, dass die Investoren zurückkehren. Abgesehen davon, dass die Krise der Banken weiterschwelt, sind es vor allem drei Folgen, die uns zu einem Politikwechsel drängen sollten:

- Wir sind wieder in jene halbhegemoniale Stellung hineingeschliddert, die Deutschland seit 1871 zum Unruheherd in Europa gemacht hatte. Unter Ausnutzung ihres wiedergewonnenen politischen Gewichtes hat sich die deutsche Regierung mit ihren Vorstellungen durchgesetzt und prompt die Art von innereuropäischen Spannungen erzeugt, die wir doch mithilfe des europäischen Einigungsprozesses glaubten, mühsam überwunden zu haben.

- Im Zuge der Krisenbewältigung hat die Selbstermächtigung des Europäischen Rates ebenso wie der Kompetenzzuwachs der Kommission das ohnehin bestehende Legitimationsdefizit der Brüsseler Entscheidungen zugespitzt und damit Tendenzen einer Rückwendung zum Nationalstaat verstärkt.

- Die Europäische Union gerät immer mehr in einen technokratischen Sog. Dabei sind die strukturellen Ursachen für die Krise – ich meine die in einer Währungs-

gemeinschaft ohne Politische Union wachsende Kluft zwischen den nationalen Ökonomien – noch gar nicht in Angriff genommen worden.

**NG/FH:** Aber wie sind die fälligen Fortschritte der europäischen Demokratisierung sowie der sozialen, ökonomischen und fiskalischen Integration denkbar, wenn die Politiker kein Beispiel geben? Kann die Aktivierung der europäischen Bürgergesellschaft das europäische Moment neu beleben oder ist das weitere Anwachsen des europafeindlichen Populismus der unumgängliche Preis?

**Habermas:** Heute wird es eine Europa-bewegung von unten nicht geben. Denn die Fortsetzung der europäischen Eini-

rungen in den Einigungsprozess einzuziehen, nicht von ihrer Bringschuld entlasten. Auch die Medien tragen Verantwortung dafür, dass bisher zu Europas Zukunft keine belastbar-informierten Meinungen in der politischen Öffentlichkeit konkurrieren. Erst damit würden ja wählbare Alternativen wahrgenommen werden können.

**NG/FH:** Sie haben mehrfach den »Exekutiv-föderalismus« der Regierungen bei ihren Versuchen der Lösung der EU-Wirtschafts- und Fiskalkrise gegeißelt, der die demokratische Souveränität der Parlamente der Mitgliedsländer missachtet, ohne gleichzeitig das Europäische Parlament angemessen ins Spiel zu bringen. Gleichzeitig haben Sie aber auch betont, dass der Lissabo-

**» Mein Vorwurf richtet sich nicht gegen die Wahrnehmung nationaler Interessen, sondern gegen eine machtopportunistische Kurzsichtigkeit. «**

gung drängt sich eher durch Gefahren auf, die nur durch ein »starkes« Europa abgewehrt werden könnten. Eine weitere Integration kann also eher defensiv als offensiv begründet werden. Natürlich ist die demokratische Selbstbehauptung gegen systemische Zwänge eines wild gewordenen Finanzkapitalismus ein guter Grund. Aber es fehlen jene unmittelbar einleuchtenden emanzipatorischen Zielvorstellungen, welche einst die europäischen Verfassungsbewegungen inspiriert haben, so wie sie heute noch die Revolten in den gärenden arabischen, osteuropäischen oder asiatischen Ländern anfeuern. Die europäischen Völker haben gute Gründe, eine Politische Union zu wollen; aber intuitiv ziehen sie daraus nicht die Konsequenz, das gewohnte Gehäuse ihres Nationalstaates zu erweitern, um eine aufgestockte Etage mit anderen Nationen zu teilen. Dazu wäre eine polarisierende Auseinandersetzung in den nationalen Öffentlichkeiten nötig.

Wir sollten die politischen Eliten, die lange genug versäumt haben, die Bevölke-

ner Vertrag von 2007 nicht so weit entfernt sei von der Gestalt einer transnationalen Demokratie, wie viele Kritiker meinen. Das Ziel einer bundesstaatlichen Verfassung haben Sie eher als eine unfreiwillige Bremse für den demokratischen Integrationsfortschritt der Union bezeichnet. Warum? Und welche Perspektive genau schwebt Ihnen dabei vor?

**Habermas:** Erinnern Sie sich an den Historikerstreit? Damals war der Vorwurf stets, aus den NS-Verbrechen würde eine Kollektivschuld des deutschen Volkes fabriziert. Man ignorierte einfach, dass Karl Jaspers schon vor Jahrzehnten mit der Genauigkeit des Philosophen zwischen »Schuld« und »Haftung« unterschieden hatte. Etwas Ähnliches passiert heute. Die vermeintlich »realistischen« Verteidiger des Nationalstaates kritisieren Leute wie mich als Vorkämpfer für einen europäischen Bundesstaat, um uns umso leichter als Utopisten abtun zu können.

Daher lege ich Wert auf eine Präzi-

sierung der Ziele. Nach meiner Auffassung schießen die Föderalisten, wenn sie wirklich das Format des Bundesstaates nur vergrößern wollen, über das Ziel der notwendigen Integration hinaus. Selbst die Vereinigten Staaten von Amerika sind, bei Licht betrachtet, erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein Bundesstaat geworden.

Das eigentliche Ziel ist die Transnationalisierung der Demokratie. Diesem anspruchsvollen Maßstab genügt bereits ein supranationales Gemeinwesen, das selber keinen staatlichen Charakter annehmen muss. Es muss aber so organisiert sein, als ob seine Verfassung von den Bürgern in ihrer doppelten Eigenschaft als Bürger eines Nationalstaates und als europäische Bürger konstituiert worden wäre. Auf diesem Wege sind die Europaverträge schon weit fortgeschritten.

Abschaffen müssen wir allerdings den Intergouvernementalismus, der im

Verlauf der Krise noch an Bedeutung gewonnen hat. Der Europäische Rat müsste – zumindest in Kerneuropa, also in der Eurozone – entthront werden. Diese Versammlung von Regierungschefs, die sich allein vor nationalen Wählern legitimieren müssen, ist auf das Aushandeln von einstimmig zu beschließenden Kompromissen zwischen unbeweglichen nationalen Interessen zugeschnitten. Deshalb kann der Europäische Rat nicht effektiv arbeiten. Anders ist die politische Willensbildung in einem nach Fraktionen gegliederten Europäischen Parlament. Hier werden die nationalen Interessen durch eine europaweite Interessenverallgemeinerung über nationale Grenzen hinweg aufgewogen. Grob gesagt müsste der Europäische Rat mit Mehrheit beschließen und Rat und Parlament müssten sich die Gesetzgebungskompetenzen auf allen Feldern teilen.

**NG/FH:** Die ersten vier Jahrzehnte der europäischen Einigung waren durch die Methode des EU-Mitgründers Jean Monnet geprägt, den Unionsbürgern möglichst viele attraktive Politikergebnisse von oben her zu präsentieren, ohne sie viel an den Beratungen und Entscheidungen zu beteiligen, aus denen diese Ergebnisse hervorgingen (Output-Legitimation). Viele sagen, dass die gesamteuropäische Solidarität und Bürgergesinnung der meisten Europäer von Anfang an immer zu schwach gewesen seien, um auf diesem Grund die europäische Gemeinschaft wachsen zu lassen (Input-Legitimation) und, dass dies auch heute noch gelte.

Was ist dran an der These eines prinzipiellen *Trade-offs*, einer Wechselbeziehung zwischen einer Legitimation durch Regierungsleistung und einer Legitimation durch Bürgerbeteiligung, der die EU aufgrund ihrer Größe und dadurch bedingten langen Legitimationsketten sowie ihrer inneren Verschiedenartigkeit und dadurch bedingt nur sehr schwachen Bürgersolidarität unentrinnbar verhaftet sei?

**Habermas:** Output-Legitimation ist ein soziologischer Begriff, der eine Demokratie für, aber nicht durch das Volk beschreibt – eine Scheindemokratie, welche die Leute, die nicht um ihre Meinung gefragt worden sind, faktisch zufrieden stellt, jedenfalls von offenen Protesten abhält. Normativ betrachtet, müssen in einer Demokratie die Leistungen der Regierung immer an dem Programm, für das sie gewählt worden ist, gemessen werden können. Ohne diesen Input eines Wählerwillens wissen wir doch gar nicht, was wirklich im Interesse der Bürger ist. Deshalb ist die Output-Legitimation, das Zufriedenstellen von Bürgern, die gar nicht erst gefragt worden sind, kein Ersatz für Input-Legitimation, d.h. das bindende Ergebnis einer demokratischen Willensbildung. Andererseits

wären natürlich europaweit geregelte sozialpolitische Leistungen – etwa eine europäische Arbeitslosen- oder Rentenversicherung – auch hervorragende Instrumente, um unter den Bürgern verschiedener Staaten das Bewusstsein der europäischen Zusammengehörigkeit zu stärken. Entsprechende Vorschläge sind während der jüngsten Krise in Brüssel diskutiert worden. Eine ähnliche Funktion wie das »soziale Europa« könnte auch eine gemeinsame europäische Außenpolitik erfüllen.

**NG/FH:** Sehen Sie in den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai dieses Jahres das Potenzial zu einem Demokratisierungsschub für die EU? Die Aktivierung der europäischen Öffentlichkeit einschließlich der politisierenden und wahrscheinlich auch motivierenden Debatte über die großen Alternativen werden ja diesmal durch die Präsentation von Spitzenkandidaten für die europäischen Parteienfamilien und die (lockere) Anbindung der anschließenden Wahl des Kommissionspräsidenten an das Wahlergebnis gefördert. Ist das ein erfolgversprechender Weg?

**Habermas:** Die neue Wahlregelung für den Kommissionspräsidenten und die Aufstellung von gemeinsamen Spitzenkandidaten könnten vor dem Hintergrund der Aufmerksamkeit, die die Krise inzwischen auch in der breiteren Öffentlichkeit auf europäische Fragen gelenkt hat, zu einer Politisierung führen. In dieser Hinsicht ist auch der rechtspopulistische Lärm gar nicht so schlecht. Bei aller Skepsis können uns aber leidenschaftliche und erfahrene Politiker wie Martin Schulz Zuversicht geben, die die richtige Perspektive haben und die Entscheidungskompetenzen, die das Europäische Parlament ja heute schon besitzt, für eine Weiterentwicklung aktiv nutzen wollen.